

Bündnis 90/ Die Grünen

Kreisverband Freiburg

Halslacherstr. 61

79115 Freiburg

Tel.: 0761-701214

Fax: 0761-75405

Pressemitteilung

Grüne kritisieren Verfolgung von KTS-Aktivisten

Der Kreisvorstand der Freiburger Grünen verurteilt die willkürlich erscheinenden Ermittlungen des polizeilichen Staatsschutzes gegen drei Aktivisten aus dem Umfeld des autonomen Zentrums KTS, davon zwei Vorstandsmitgliedern des KTS-Trägervereins.

„Dieses Vorgehen der Polizei erscheint uns provozierend und kontraproduktiv“, so Vorstandssprecherin Hannegret Bauß. Den Aktivisten werden in einem Fall Landfriedensbruch und in den beiden anderen Verstöße gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen, ohne dass dies bislang selbst auf Nachfrage des Anwalts eines der Beschuldigten näher begründet worden wären.

Besonders bedenklich erscheint dem Kreisvorstand, dass im Zusammenhang mit der völlig friedlich verlaufenen Demonstration gegen das neue Versammlungsgesetz am 13. Dezember 2008 nun Ermittlungen angestrengt werden, die aus dem KTS-Umfeld als Ansprechpartner für die Polizei zur Verfügung stand – und so in erheblichem Maße dazu beigetragen hatte, dass die Demonstration friedlich durch die Innenstadt ziehen konnte.

„Die Ermittlungen des Staatsschutzes scheinen hier nicht nur jeder Grundlage zu entbehren – es entsteht vielmehr der Eindruck, sie sollten der Einschüchterung dienen. Damit wird die Lage im Vorfeld der Demonstrationen gegen den NATO-Gipfel Anfang April zugespitzt. Das ist definitiv nicht in unserem Interesse“, so nachdrücklich die Sprecherin der Freiburger Grünen.

Auch das willkürlich erscheinende Herausgreifen der beiden Vorstandsmitglieder des KTS-Trägervereins wird vom Grünen-Vorstand als schädlich für die Zusammenarbeit zwischen Stadt und KTS bewertet. „Das ist ohnehin kein einfacher Job – wenn man jetzt befürchten muss, allein wegen dieser Tätigkeit Opfer polizeilicher Ermittlungen zu werden, findet sich bald niemand mehr bereit, in dieser konstruktiven Art mit der Stadt zusammenzuarbeiten – und die ist auf klare Ansprechpartner und ordentliche Kommunikation angewiesen“ stellt Bauß klar.

Für die Freiburger Grünen ist dies ein weiteres Beispiel einer in letzter Zeit zunehmend bürgerrechtsfeindlichen Polizeistrategie in Freiburg. Sie steht in einer Linie mit dem „Freiburger Kessel“ im Sommer 2006, der Behandlung von Stadträtin Monika Stein auf dem Polizeirevier Nord im Mai 2008 und der skandalösen Nacktdurchsuchung verhafteter Demonstranten nach der Studiengebühren-Demonstration im Januar.

Der Kreisvorstand der Freiburger Grünen fordert die Polizei nachdrücklich zur Rückkehr zur früheren, an Deeskalation orientierten „Freiburger Linie“ auf.